



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats in Stiftungssachen Hospital der Stadt Biberach - öffentlich -

am 12.07.2007

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 2
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	ab TOP 2
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	ab TOP 2
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Zügel	

Verwaltung

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt
Herr Keinath, Liegenschaftsamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Ogertschnig
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Stiehle, Tiefbauamt
Frau Stotz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Erster Bürgermeister Wersch

ab TOP 2

entschuldigt

Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Kolesch
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Wiest

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Hospital - Jahresabschluss 2005	110/2007
2.	Entwicklung der Bürgerheim Biberach gGmbH Bau-, Betriebs- und Finanzkonzept	131/2007

Die Mitglieder wurden am 26.06.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 06.07.07 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 110/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Empfehlung erfolgte im Hospitalrat am 28.06.07.

EBM Wersch bezeichnet die Situation als stabil und den Hospital als zuverlässigen Partner für die Bürger.

Es wird applaudiert.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Jahresrechnung 2005 des Hospitals zum Heiligen Geist in Biberach wird nach § 95 Abs. 2 GemO vom Gemeinderat in Stiftungssachen festgestellt.**

- 2. Den folgenden überplanmäßigen Ausgaben wird zugestimmt:**
 - HHSt. 1.4300.680000.4 (Abschreibung Bürgerheim) in Höhe von 284.900,00 €
 - HHSt. 1.4300.685000.1 (Kalkulatorische Zinsen Bürgerheim) in Höhe von 449.400,00 €
 - HHSt. 1.4300.715000.3 (Verlustabdeckung Bürgerheim) in Höhe von 1.080.436,76 €.

Dem Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 131/2007 zur Beschlussfassung vor.

EBM Wersch geht ausführlich auf die Vorlage ein und bezeichnet zeitgemäße Angebote für Hilfsbedürftige, die finanzierbar sein müssten, als erforderlich. Die Betroffenen wollten ein Abtriften in die soziale Abhängigkeit vermeiden. Daher seien unterschiedlichste Angebote für alle Ansprüche erforderlich, von einfach bis hochqualifiziert. Flexibel müsse man auch dahingehend bleiben, falls sich die Entwicklung entgegen der Annahme gestalten würde. Das Bürgerheim habe nach wie vor ein hervorragendes Image, zeitnah bestehe jedoch Handlungsbedarf.

StR Dullenkopf meint, man habe kein Thema in den letzten Jahren so intensiv diskutiert wie den Pflegeheimneubau. Etwas strittig sei die Förderung gewesen und man habe sich rechtlich absichern wollen. Der Baubeschluss vom Grundsatz her sei schon vor sieben Jahren gefallen, man habe jedoch auch noch über zentrale oder dezentrale Lösungen nachgedacht. Man dürfe nur diejenigen nicht bestrafen, die bei einer früheren Fertigstellung aufgenommen worden wären, jetzt aber keine Förderung mehr erhielten. Die CDU-Fraktion stimme allen Punkten zu, da man überzeugt sei, dass der Hospital großer Unterstützung bedürfe. Er dankt allen, die das Thema bisher vorangetrieben hätten und nennt dabei EBM Wersch, Frau Leonhardt und Herrn Längen.

StRin Kübler meint, die SPD-Fraktion könne es kaum glauben, dass man einen Förderverzicht beschließe. Man habe schon Verschiedenes begutachtet und wegen der Landeszuschüsse verworfen. Das Gesamtkonzept habe nichts mehr mit den bisherigen Entwürfen gemein, sei jedoch überzeugend. Es sei die einzige Chance, die dringenden Veränderungen endlich anzugehen. Durch den Zuschusswegfall entfielen auch Vorgaben bezüglich der Größe und anderes. Eine Differenzierung des Angebots sei wichtig, man dürfe aber keine unterschiedlichen Klassen bilden. Sie appelliert, dies als Standortvorteil zu nutzen und hält eine gewissenhaft geprüfte Entscheidungsfindung für erforderlich. Abschließend signalisiert sie die Zustimmung der SPD-Fraktion.

StRin Goeth gibt zu verstehen, ein Verzicht auf die Förderung sei nicht leicht gefallen, man sehe aber keine andere Chance. Das Gesamtkonzept sei gut, richtungsweisend und wirtschaftlich finanzierbar ohne Zuschüsse. Ihr sei keine Einrichtung mit vergleichbarem Angebot bekannt. Dennoch sei es wichtig, den Investitionskostenzuschuss wie vorgesehen zu begrenzen. Bei Bedarf sei ein Sozialfond möglich. Sie signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

StR Gehring bringt vor, hier werde deutlich, wie sich die Gesellschaft verändere. Denn vor Jahren wäre ein Bau ohne Zuschuss noch undenkbar gewesen. Es sei ein breites Angebot vorgesehen, das trotz eines Überangebots am Markt Bestand und Qualität haben werde. Man sehe in der Entwicklung des Bürgerheims eine große Zukunftschance.

StR Braig hebt darauf ab, Kerngeschäft und Stiftungszweck des Hospitals seien die Altenpflege und das Bürgerheim. Der Bau sei daher erforderlich und zwar so, wie dies am Markt möglich sei. Im nachhinein sei er froh, dass erst jetzt eine Entscheidung falle, da man nun ein innovatives Konzept realisieren könne. Er dankt dem Personal für das Geleistete. Das Gesamtkonzept in einer derartigen Angebotskonzentration sei einmalig. Stiftungsrechtlich sei die Lösung unproblematisch und der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit gegeben. Bei Ziffer 2 a hätte die FDP lieber eine Härte-

fallregelung formuliert statt Subventionen zu geben, dies sei jedoch nicht mehrheitsfähig gewesen.

EBM Wersch stellt auf Frage von StR Dr. Nuding dar, für die Abwicklung der Baumaßnahme sei eine Parallelausschreibung gedacht und man wolle dann die günstigere Lösung realisieren.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Zum Zweck der zeitnahen Umsetzung der vorliegenden Gesamtkonzeption beauftragt der Hospitalrat den Hospitalverwalter gegenüber dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) sowie dem Dezernat Arbeit, Jugend und Soziales des Landratsamts Biberach den Ausstieg aus der Förderung zu erklären.**
- 2a.) Die Hospitalstiftung übernimmt als Investitionskostenzuschuss den als Mehrwert anerkannten, nichtförderfähigen Baukostenanteil in Höhe von 1.420.000 € (inkl. Tagespflege).**
- 2b.) Die darüber hinausgehende Investitionssumme wird nach dem festgelegten Berechnungsmodus als Miete der Bürgerheim Biberach gmbH in Rechnung gestellt.**
- 3a.) Für die Abwicklung der Baumaßnahme (GU/PPP) wird ein Ingenieurvertrag zur Vorbereitung und Durchführung der Vergabe sowie zur Baubetreuung geschlossen.**
- 3b.) Darüber hinaus wird über einen weiteren Vertrag die Unterstützung des Hospitalverwalters für die örtliche Bauleitung und das Controlling durch ein Architekturbüro aus der Region gewährleistet.**

Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital, 12.07.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Fettback

Stadtrat: Hagel

Stadträtin: Kübler

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Ogertschnig